

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.12.12. und 09.01.2013
- 3 Kreditaufnahme der LHP gemäß Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 12/SVV/0897
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
 - 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3 Verband Kommunalen Krankenhäuser
Vorlage: 12/SVV/0594
Fraktion DIE LINKE
 - 4.4 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Vorlage: 12/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.5 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion Potsdamer Demokraten vom 11.12.12
 - 4.6 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
 - 4.7 Ärztehaus Bornim
Vorlage: 12/SVV/0805
Fraktion CDU/ANW
 - 4.8 Mieten der ProPotsdam
Vorlage: 12/SVV/0811
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.9 Bewirtschaftungszuschuss Karl-Liebknecht-Stadion
Vorlage: 12/SVV/0823
Fraktion Die Andere

- 4.10 Jahresabschluss des Kommunalen Immobilien Service zum 31.12.2010 und Entlastung der Werkleitung
Vorlage: 12/SVV/0826
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
- 4.11 Mustergesellschaftsvertrag für Mutterunternehmen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0827
Oberbürgermeister
- 4.12 Streichung Hindenburgs aus der Ehrenbürgerliste
Vorlage: 12/SVV/0844
Fraktion Die Andere
- 4.13 Satzung gemäß § 97 Abs. 8 BbgKVerf und Leitlinie zur Vergütung von Vertretern/ Vertreterinnen der Landeshauptstadt Potsdam in städtischen Unternehmen und Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0847
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 4.14 Theaterschiff
Vorlage: 12/SVV/0810
Fraktion DIE LINKE
- 4.15 Pro Potsdam entwickelt Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0818
Fraktion DIE LINKE
- 4.16 Errichtung einer Leitfassade Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0845
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 4.17 Städtebauliche Klärung zur Anordnung der Weißen Flotte am Potsdamer Lustgarten
Vorlage: 12/SVV/0842
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.18 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"
Änderung der Sanierungsziele im Bereich "Hafen/Neuer Lustgarten" bezüglich 10/SVV/0605
Vorlage: 12/SVV/0853
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Ergebnisse Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung
- 5.2 Umwandlung Potsdam Museum in eine gGmbH
Vorlage: 12/SVV/0854
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 5.3 Bürokratieaufwand bei der Verwendung des Sachaufwandes der Ortsteile
Vorlage: 12/SVV/0872
Oberbürgermeister
- 5.4 Bilanz zum Brandenburgischen Vergabegesetz
Vorlage: 12/SVV/0875
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen

- 5.5 Richtlinie Städtepartnerschaften - Städtepartnerschaftsbericht 2012
Vorlage: 12/SVV/0901
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
- 5.6 Information über die erreichten Zinssätze bei der Umschuldung von
Kommunalkrediten im 2. Halbjahr 2012
Vorlage: 12/SVV/0902
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 5.7 Änderung zum Rahmenvertrag zur Unterbringung obdachloser Personen
Vorlage: 13/SVV/0038
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.8 Information zum Archiv
- 5.9 Information zur Potsdamer Tafel
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.12.12. und 09.01.2013

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister, dass zu TOP 4.17. Städtebauliche Klärung zur Anordnung der Weißen Flotte am Potsdamer Lustgarten und 4.18 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" - Änderung der Sanierungsziele im Bereich "Hafen/Neuer Lustgarten"

- Herr Dr.-Ing. Wilfried Naumann und
 - Herr Dr. habil. Clemens Alexander Wimmer Rederecht beantragt haben.
- sowie
ein Antrag auf Rederecht von
- Herrn Dr. Hans-Joachim Kuke
- für den Verein Potsdamer Stadtschloss und die BI Mitteschön
u n d von
- Herrn Bodo Kirchner,
- Am Kanal 71, 14467 Potsdam, auf Rederecht zum TOP 4.18 gestellt wurde.

- Herr Stefan Karau beantragt Rederecht zu TOP 4.18
- Herr Lehmann, GF der Weissen Flotte beantragt Rederecht für den Architekten Winkens. Er soll den veränderten Baukörper des geplanten neuen Hafengebäudes erklären.

Des Weiteren wurde der Antrag auf Rederecht zu TOP 4.17 und 4.18 von

- Herrn Rudolph v. Ketteler Heidereiterweg 11,14532 Kleinmachnow gestellt.

Zum einen schlägt der Oberbürgermeister vor, die TOPe 4.17 und 4.18 vorzuziehen.

Zum anderen schlägt der Oberbürgermeister vor, da einige der Redner schon im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen angehört wurden, drei Redner zuzulassen. Er schlägt Herrn Dr. Kuke, Herrn von Ketteler und Herrn Winkens vor..

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Des Weiteren habe Herr Dr. Daniel Panzer, Facharzt für Anästhesie Rederecht für Herrn Stehlemmer und für sich zum Thema: Alte Post beantragt.

Vor dem Hintergrund, dass die ProPotsdam GmbH nochmals eine veränderte Architektur zur Diskussion gestellt hat, wird empfohlen, die Anträge zu TOP 4.15 und 4.17 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zurück zu überweisen.

Diesem Vorschlag wird mehrheitlich mit 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Oberbürgermeister schlägt weiter vor, den TOP 4.1. - Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm Vorlage: 12/SVV/0664 – zurückzustellen. Weitere Gespräche habe es nicht gegeben. Anfang Februar 2013 finde das nächste Gespräch statt; danach werde der Hauptausschuss informiert.

Zu TOP 4.2 - Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder Vorlage: 12/SVV/0468 – informiert der Oberbürgermeister, dass im Augenblick mit den Vertretern der WagenHausBurg Gespräche geführt werden. Diese Gespräche seien durchaus geeignet, in diesem Konflikt nachhaltig entscheiden zu können. Wenn man zu einem vorläufigen Ergebnis komme, werde der Hauptausschuss informiert. Insofern könne der TOP 4.2 abgesetzt werden.

Der Oberbürgermeister bittet darum, den TOP 5.5 - Richtlinie Städtepartnerschaften - Städtepartnerschaftsbericht 2012 Vorlage: 12/SVV/0901 – zurückzustellen, da Frau Dr. Sommer erkrankt ist.

Herr Sändig führt an, dass er vor dem Hintergrund der Berichterstattung von Herrn Gessner im Ausschuss für Bildung und Sport, in welchem signalisiert wurde, dass ein Zuwendungsbescheid auf dem Weg sei, den Antrag der Fraktion Die Andere 12/SVV/0823 – Bewirtschaftungszuschuss Karl-Liebnecht-Stadion – zurückziehe.

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen zur Abstimmung gestellt. **Der geänderten Tagesordnung wird mehrheitlich, mit einer**

Enthaltung, zugestimmt.

Der Oberbürgermeister stellt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom **12.12.2012** zur Abstimmung.

Der Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Der Oberbürgermeister stellt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom **09.01.2013** zur Abstimmung.

Der Niederschrift wird mehrheitlich mit 3 Enthaltungen zugestimmt.

zu 3 Kreditaufnahme der LHP gemäß Haushaltssatzung 2012

Vorlage: 12/SVV/0897

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
Herr Exner gibt eine kurze Erläuterung zur Vorlage.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Aufnahme eines Kredites in Höhe von 4.500.000,00 EUR zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß Haushaltssatzung 2012 wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

- **Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgung von mindestens 3,48% p.a.**
 - **maximale Zinsbindung 20 Jahre**
- maximaler Zinssatz 3,5 % p.a.**

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Aufnahme eines Kredites in Höhe von 4.500.000,00 EUR zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gemäß Haushaltssatzung 2012 wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

- Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgung von mindestens 3,48% p.a.
- maximale Zinsbindung 20 Jahre
- maximaler Zinssatz 3,5 % p.a.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt**.

zu 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt**.

zu 4.3 Verband Kommunaler Krankenhäuser

Vorlage: 12/SVV/0594

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass er durchaus aufgeschlossen sei, was die Organisationsformen der Zusammenarbeit kommunaler Krankenhäuser betreffe. Wenn damit jedoch gemeint sei, dass der Oberbürgermeister hier eine führende Rolle übernehmen solle, so dürfe dies von ihm nicht erwartet werden, weil ihm ansonsten unterstellt werden könne, er wäre auf „Einkaufstour“. Grundsätzlich sollte man dem Antrag jedoch zustimmen; man brauche eine stärkere Interessenvertretung der Krankenhäuser im Land Brandenburg.

Herr Dr. Scharfenberg freut sich darüber, dass das Anliegen geteilt wird. Es wäre gut, wenn die kommunalen Krankenhäuser eine Form der Zusammenarbeit finden.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt eine **Änderung der Berichterstattung in der StVV für Juni 2013** vor (statt November 2012).

Dem so geänderten Antrag wird mehrheitlich, mit 3 Enthaltungen, zugestimmt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ für eine engere Zusammenarbeit der kommunalen Krankenhäuser im Land Brandenburg einzusetzen. Die Bemühungen sollten in eine stabile Form, z. B. eines Verbandes Kommunaler Krankenhäuser, münden.

Über die Ergebnisse der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2013 zu informieren.

zu 4.4 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung

Vorlage: 12/SVV/0703

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Scharfenberg macht für die Fraktion Die LINKE deutlich, dass das Anliegen, die Entwicklung der Mieten zu begrenzen mit der Richtlinie nicht erfüllt werde. Das Problem, was man sehe, sei, dass die Mieten in der Stadt weiter steigen; dies sei Fakt und ein solches Anliegen unterstütze man nicht.

Der Änderungsantrag der SPD enthalte eine Reihe von Änderungen. Seines Erachtens sei im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nicht so votiert

worden, insbesondere was den Passus unter Punkt 2. betreffe.

Herr Mike Schubert macht in seinen Ausführungen u.a. deutlich, dass Wohnen allein das Problem nicht löse; die Menschen benötigen eine entsprechende Infrastruktur in ihrem Umfeld. Die Haushaltslage der LHP werde in den nächsten Jahren Investitionen in soziale Infrastruktur nur begrenzt ermöglichen. Er möchte nicht, dass ein nächstes großes Baufeld aufgemacht wird und die soziale Infrastruktur nicht mit entwickelt werden könne.

Die SPD-Fraktion habe einen Vorschlag gemacht; es habe eine Studie gegeben. Er wirbt für die Zustimmung und betont, solange es keine Lösung gebe, soziale Infrastruktur neu zu bauen, sei dies eine verkürzt gedachte Stadtentwicklung.

Herr Schultheiß tut sich mit einer Entscheidung schwer. Einerseits führe die Richtlinie zu einer Steigerung der Kosten. Andererseits wäre es schön, wenn die Investoren sich an den Investitionen beteiligen können. Der Bau von KITAS sei Sache der Kommune.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen. Danach habe es die Zustimmung einschließlich noch abzustimmender redaktioneller Änderungen in der Richtlinie selbst gegeben. Jetzt habe man einen Katalog von Änderungen, insbesondere den Punkt 2. betreffend erhalten. Dies müsse inhaltlich diskutiert werden. Herr Dr. Scharfenberg plädiert für die Zurücküberweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Frau Bankwitz verweist in ihren Ausführungen darauf, dass ohne die Richtlinie die kommunalen Entwicklungsträger für den Wohnungsbau einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den privaten Investoren haben. Mit der Richtlinie bestehe die Chance einer größeren Gleichbehandlung. Sie unterstützt das Anliegen, trotz der redaktionellen Unklarheiten.

Herr Heinzel spricht sich dafür aus, der Richtlinie grundsätzlich zuzustimmen, stimmt jedoch auch dafür, die redaktionellen Änderungen nochmals im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zu diskutieren.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus, die Richtlinie anzugehen; es habe eine ausführliche Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gegeben. Sie sei dankbar für die Initiative der Fraktion SPD; wer sagt, dass dies so nicht gemacht werden soll, müsse sagen, wie es gehen soll. Wichtig sei, dass gesagt werde, dass die Annahmen und Auswirkungen der Richtlinie nach zwei Jahren zu evaluieren sind.

Herr Heuer merkt u.a. an, dass die Evaluierung bereits vorgesehen ist. Gegebenenfalls sollte die Verwaltung die Änderungen nochmals erläutern.

Herr Klipp führt u.a. an, dass die grundsätzliche Diskussion im Ausschuss geführt worden sei. Seines Erachtens könne man eine Verteuerung der Mieten nicht ableiten; die Bauträger nehmen, was der Markt hergibt und wo sich das verändern wird, könne man nicht sagen. Die wesentliche Frage sei, ab wann die Richtlinie greifen soll. Der Antrag der SPD sei härter formuliert, was die Zustimmung der Vorhabenträger betrifft.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sich mit den konkreten Formulierungsänderungen nochmals beschäftigt, d.h. die Richtlinie nochmals in

den Ausschuss zurückverwiesen wird.

Der Antrag auf Zurücküberweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen wird mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Änderungs-Antrag der SPD-Fraktion wird mit 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

Der Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung wird mit den Änderungsvorschlägen der SPD-Fraktion mit 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

zu 4.5 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion Potsdamer Demokraten vom 11.12.12

Zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

Herr Westphal informiert, dass man im Gespräch sei; man habe Vertraulichkeit vereinbart; insoweit könne man noch kein Ergebnis vortragen.

Frau Dr. S. Müller fragt nach, ob ein Endpunkt abzusehen sei, nicht dass die Gespräche am Ende scheitern.

Herr Westphal äußert dazu, dass es konstruktive Gespräche sind.

Der TOP wird **zurückgestellt**.

zu 4.7 Ärztehaus Bornim

Vorlage: 12/SVV/0805

Fraktion CDU/ANW

Der TOP wird **zurückgestellt**.

zu 4.8 Mieten der ProPotsdam

Vorlage: 12/SVV/0811

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister bittet darum, den Antrag abzulehnen, weil die ProPotsdam in die Situation käme, gegenüber allen Mitkontrahenten die Kalkulation offen zu legen.

Frau Hüneke ist der Auffassung, dass die Offenlegung in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen könnte. Die Fraktion bleibe bei ihrem Antrag; sie bittet um Zustimmung.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme, 3 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter der ProPotsdam beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung die Kalkulation der Kaltmieten für den Wohnungsbestand des Unternehmens detailliert offen zu legen.

zu 4.9 Bewirtschaftungszuschuss Karl-Liebnecht-Stadion

Vorlage: 12/SVV/0823

Fraktion Die Andere

Der Antrag wurde **zurückgezogen**.

zu 4.10 Jahresabschluss des Kommunalen Immobilien Service zum 31.12.2010 und Entlastung der Werkleitung

Vorlage: 12/SVV/0826

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

Zur Vorlage gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt der StVV mehrheitlich, mit 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) zum 31.12.2010 wird gemäß § 7 Ziff. 4 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.**
- 2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 868.281,28 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2010 Entlastung erteilt.**

zu 4.11 Mustergesellschaftsvertrag für Mutterunternehmen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0827

Oberbürgermeister

Herr Dr. Scharfenberg interessiert, wie mit den Gesellschaften verfahren werde, die nicht diesen Regeln entsprechen.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsräte sei nach den alten Vorschriften erfolgt; zwischenzeitlich gebe es die Hinweise des MI, dass das anders konstruiert werden müsse; er stellt die Frage, was jetzt geschehe.

Frau Hartmann führt kurz an, dass man zunächst einen Mustergesellschaftsvertrag beschließen lasse wolle; anhand des Mustervertrages wolle man dann die Abstimmung mit den einzelnen Gesellschaften vornehmen und dann müsse man auch über die Konstruktion reden. Man wolle dies parallel machen. Es betrifft 4 Unternehmen. Im Laufe des Jahres 2013 können die Veränderungen vorliegen.

Herr Schultheiß nimmt Bezug auf den § 6 Gesellschafterversammlung und frage nach, wer teilnehmen soll und wer stimmberechtigt ist.

Der Oberbürgermeister führt an, dass es eine förmliche Einladung gebe; sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende, das Beteiligungsmanagement und die gesamte Geschäftsführung sitzen am Tisch. Es gibt klare Beschlussvorlagen. Dabei gebe es verschiedene Verfahren; manche müssen dem Hauptausschuss vorher zur Kenntnis gegeben werden. Stimmrecht gebe es natürlich nur für ihn als Gesellschaftsvertreter.

Die Vorlage wird mehrheitlich, mit 6 Enthaltungen, zur Beschlussfassung durch die StVV empfohlen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Mustergesellschaftsvertrag für Mutterunternehmen der Landeshauptstadt Potsdam,**
- 2. Der unter 1. beschlossene Mustergesellschaftsvertrag wird Anlage zum Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam,**
- 3. Die Gesellschaftsverträge der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH, der Pro Potsdam GmbH, der Stadtwerke Potsdam GmbH und der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH sind an die Regelungen des unter 1. beschlossenen Mustergesellschaftsvertrages anzupassen.**

zu 4.12 Streichung Hindenburgs aus der Ehrenbürgerliste

Vorlage: 12/SVV/0844

Fraktion Die Andere

Herr Sändig legt die Intention des Antrages der Fraktion Die Andere dar > siehe auch Begründung zum Antrag.

Der Oberbürgermeister verweist auf die intensive Diskussion im Jahr 2003 unter Hinzuziehung von Historikern. Dieser Diskussion müsse nichts hinzugefügt werden. Die Frage sei, wie gehe man damit um, dass von Hindenburg auf der Ehrenbürgerliste steht. Hindenburg einfach zu streichen, entspreche seines Erachtens nicht einem angemessenen Umgang mit der Geschichte.

Frau Hüneke spricht sich in ihren Ausführungen insbesondere dafür aus, die Ehrenbürgerliste als historisches Dokument bestehen zu lassen. Sie schlägt vor, dass die Stadtverordneten sich von dem Beschluss von 1933 distanzieren, um damit eine Haltung deutlich zu machen.

Herr Mike Schubert befürwortet diesen Vorschlag.

Herr Dr. Scharfenberg macht u.a. deutlich, dass man sich nicht hinter einem Verfahren verstecken sollte; entscheidend sei, dass man die Rolle von Hindenburg in der Geschichte relativiert; es müsse eine klare Bewertung seiner Rolle und eine Aussage, dass man dies nicht wolle, insbesondere vor dem Hintergrund des 30. Januars.

Frau Dr. Schröter drückt Übereinstimmung mit dem Anliegen des Antrages der Fraktion die Andere aus.

Herr Sändig hält den Antrag der Fraktion die Andere aufrecht. Er macht u.a. deutlich, dass es nicht um die Geschichtsbücher gehe, sondern um die Ehrenbürgerwürde. Die Fraktion Die Andere möchte den Anschein einer Ehrung aus der Welt schaffen.

Herr Heuer regt an, die Bewertung zu prüfen, was geht und was nicht.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass es unterschiedliche Listen zu geben schein. Insoweit sollte die Gelegenheit wahrgenommen werden, diese aufzuarbeiten und dann im Hauptausschuss nochmals zur Diskussion zu stellen. Dies sei jedoch vorsichtig zu betrachten. Man könne nicht im Nachhinein darüber diskutierten, wer in der Ehrenbürgerliste bleiben darf und wer nicht.

Der Oberbürgermeister stellt den **Änderungsantrag** von Frau Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich von dem Beschluss der StVV von 1933, durch den Paul von Beneckendorff und von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft verliehen worden war.“
zur Abstimmung.

Dem Änderungsantrag wird mehrheitlich, mit 2 Enthaltungen zugestimmt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag der Fraktion Die Andere. Die Begründung des Antrages bleibt.

zu 4.13 Satzung gemäß § 97 Abs. 8 BbgKVerf und Leitlinie zur Vergütung von Vertretern/ Vertreterinnen der Landeshauptstadt Potsdam in städtischen Unternehmen und Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0847
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Frau Hartmann gibt eine kurze Erläuterung zur Vorlage.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass man weit entfernt sei von dem, was gezahlt

wird und was abgeführt werden müsse. Insoweit erschließt sich ihm der Sinn der Satzung nicht.

Frau Hartmann macht deutlich, dass man an die Vorgabe der Kommunalverfassung gebunden sei. Es gehe darum, eine Obergrenze zu fixieren, ab der eine Abführung an den Haushalt der LHP erfolgt, da die Aufwandsentschädigung nicht mehr als angemessen gelte. Grundsätzlich sollen Aufwandsentschädigungen die Mittel decken, die für die Erbringung einer Leistung notwendig sind.

Die Satzung regle nicht die Höhe der eigentlichen Aufsichtsratsvergütung, sondern ausschließlich die Wertgrenze, ab welcher – falls diese überschritten wird, eine Abführung an den Haushalt der LHP zu erfolgen hat.

Der Oberbürgermeister merkt u.a. an, dass man betonen könne, dass man die Grenzen nicht erreiche. Er sei sich jedoch bewusst, dass es unterschiedliche Maßgaben gibt; die Angemessenheit der Vergütung sei der nächste Schritt. Für die Vertreter/Vertreterinnen der Gemeinde in wirtschaftlichen Unternehmen sei wichtig zu wissen, ab wann abzuführen ist, unabhängig von der Steuerpflichtigkeit der Entschädigung.

Die Vorlage wird mehrheitlich, mit 6 Enthaltungen, zur Beschlussfassung durch die StVV empfohlen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) **Satzung über die Festsetzung der angemessenen Aufwandsentschädigung für eine Tätigkeit als Vertreter/ Vertreterin der Landeshauptstadt Potsdam in wirtschaftlichen Unternehmen gemäß § 97 Abs. 8 BbgKVerf (Satzung gemäß § 97 Abs. 8 BbgKVerf)**
- 2.) **Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zur Vergütung von Vertretern/ Vertreterinnen der Landeshauptstadt Potsdam in städtischen Unternehmen und Beteiligungen (Vergütungsleitlinie)**

zu 4.14 Theaterschiff
Vorlage: 12/SVV/0810
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert, dass man dabei sei, das Theaterschiff an die Inselfspitze der Freundschaftsinsel zu verlagern bzw. zu verholen. Mit der Weissen Flotte werden entsprechende Gespräche geführt.

Herr Klipp ergänzt, dass es mehrere Gespräche mit den Betreibern des Theaterschiffes gegeben habe; diese seien angetan von der Idee der Verlagerung an die Inselfspitze der Freundschaftsinsel. Es gebe noch Fragen zu klären, wie die verkehrsrechtliche Anordnung einer Lieferzone und die Heranführung von Medien. Diese Fragen seien jedoch lösbar. Er gehe davon aus, dass mit dem Vertragsentwurf das Theaterschiff im Sommer verlagert werden kann.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 4.15 Pro Potsdam entwickelt Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0818
Fraktion DIE LINKE

Zurücküberwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu 4.16 Errichtung einer Leitfassade Alte Post
Vorlage: 12/SVV/0845
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Zurücküberwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu 4.17 Städtebauliche Klärung zur Anordnung der Weißen Flotte am Potsdamer Lustgarten
Vorlage: 12/SVV/0842
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TOP 4.17 und 4.18 werden zusammen behandelt.

Herr Dr. Kuke spricht für den Verein Potsdamer Stadtschloss e.V. Herr Dr. Kuke plädiert letztlich dafür, der Verwaltungsvorlage nicht zuzustimmen. Der Redebeitrag wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Da Herr von Ketteler noch nicht anwesend ist, wird Herr Wimmer sprechen

Herr Dr. Wimmer verweist in seinen Ausführungen insbesondere auf die:

1. Bedeutung des Neptunbeckens
2. Sanierungsziele für Neptunbecken sind nach wie vor:
 - Annäherung an den historischen Stadtgrundriss
 - Realisierung einer Bebauung, die an die Bebauungsqualitäten vor 1945 anknüpft.
3. Baurechtliche Fragen
4. Der Restaurantbetrieb ist nicht Teil der Weissen Flotte, sondern der Weissen Flotte Gastronomie.
5. Der Betrieb der Weissen Flotte ist für mind. 10 Jahre am derzeitigen Standort gesichert.
6. Kein zusätzlicher Restaurantbedarf im Lustgarten
7. Bauwerk am Neptunbecken und Rauminhalt entsprechen nicht dem Beschluss der StVV 12/SVV/0853.
8. Parymideneichen stehen nicht zur Disposition.
9. Bauwerk käme allenfalls auf ehem. ISES-Trasse in Frage.
(Siehe **Anlage** zum Protokoll)

Anschließend erläutert Herr Winkens, Architekt, anhand einer Präsentation den veränderten Baukörper des geplanten neuen Hafengebäudes, der um 15 m gekürzt wird und er erläutert die Funktionen des Gebäudes. Dies wäre eine

Kompromisslösung, mit der auch die Weisse Flotte mitgehe.

Der Oberbürgermeister hält fest, dass es einen geänderten Vorschlag der Weissen Flotte gibt. Es wurde eine geänderte Vorlage der Verwaltung ausgereicht, die in enger Abstimmung mit der Weissen Flotte erarbeitet wurde.

Herr Klipp verweist auf die Jahre dauernden Planungen und führt u.a. aus, dass der neue Standort für den Erweiterungsbau auf dem 2009 entstandenen „Konsensplan Neubauten Weisse Flotte“ basiere, der im Rahmen der städtebaulichen Untersuchung zur Einordnung des Ergänzungsbaus der Weissen Flotte im Bereich „Hafen/Neuer Lustgarten“ zur Vorbereitung der Änderung der Sanierungsziele erarbeitet und abgestimmt wurde.

Frau Hüneke möchte zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einbringen. Sie legt die Intention des Antrages dar.

In der anschließenden Diskussion verweist Herr Mike Schubert seinerseits auf die seit Jahren geführte Diskussion. Er macht u.a. deutlich, dass man sich in der Grundidee einig war, nämlich dass die Weisse Flotte als touristischen Leistungsträger direkt am Hafen ein Gebäude bekommen sollte. Dabei habe man es sich nicht leicht gemacht, eine Lösung zu finden. Es sei wichtig, dass noch Gespräche geführt werden, jedoch sehe er die Möglichkeit, heute dem verkürzten Baukörper die Zustimmung zu geben.

Herr Dr. Scharfenberg teilt die Meinung von Herrn Mike Schubert, dass die Frage eines kurzen Diskussionsprozesses überhaupt nicht stehe. Er führt im Weiteren u.a. aus, dass man darauf gedrängt habe, dass es eine klare Haltung der Verwaltung gibt; es gebe eine breite öffentliche Diskussion, die aber auch zu einer Entscheidung kommen müsse. Es gebe verschiedene Sichtweisen auf dieses Vorhaben. Er macht weiter deutlich, dass im Grunde die Frage im Raum stehe, ob die Weisse Flotte den Erweiterungsbau im Hafen überhaupt braucht. Wenn man dies nicht wolle, müsse eine nachvollziehbare Entscheidung getroffen werden. Insoweit sitze man hier, um eine Entscheidung auf Grund der Verwaltungsvorlage zu treffen. Der Oberbürgermeister sei verpflichtet, eine Vorlage nach Prüfung in die StVV einzubringen; ist diese Prüfung nicht erfolgt, sei die Verantwortung klar zuzuordnen. Das, was von der SPD-Fraktion vorgeschlagen werde, sei ein selbstverständlicher Vorgang. Auch der von Architekt Winkens vorgestellte Entwurf werde nicht der letzte Entwurf sein. Er könne jedoch nicht nachvollziehen, wie aus dem Vorschlag, wie er eingebracht wurde, abgeleitet werden könne, dass der Lustgarten als Gartendenkmal in Frage gestellt wird. Die Fraktion Die LINKE werde der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Herr Klipp betont, dass man im Interesse aller Beteiligten alles tun werde, um einen Urheberstreit zu vermeiden. Er merkt weiter an, dass ein Anbau am Mercure vertragsrechtlich nicht erfolgreich zu verhandeln ist, weil die Vertragspartner sich nicht einigen können.

Herr Becker macht in seinen Ausführungen u.a. deutlich, dass die Weisse Flotte jetzt schon 7 Jahre hingehalten werde, da könne man sich noch bis März Zeit nehmen. Es seien im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen konkrete Fragen gestellt worden; die Vorlage der Verwaltung entspreche nicht dem Willen des Ausschusses; insoweit werde die FDP der Vorlage der Verwaltung nicht zustimmen.

Herr Heinzel macht u.a. deutlich, dass ihn störe, dass einerseits gesagt wird, man brauche die Weiße Flotte, andererseits jedoch in ein wirtschaftliches Unternehmen hineingeredet werde. Er verweist auf den herrlichen Glasbau des Mövenpick, das heute niemand mehr missen wolle, das aber heute wahrscheinlich nicht mehr gebaut werden würde. Alt und Neu gehören seines Erachtens zusammen.

Herr Schultheiß spricht sich in seinen Ausführungen dafür aus, auf den alten Beschluss 10/SVV/0605 vom 06.09.2010 zurückzugehen; er zitiert aus dem Beschluss aus 2010; er könne nicht erkennen, was sich geändert hat und bittet dringend darum, der Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister macht u.a. deutlich, dass lange genug diskutiert worden sei. Die Diskussion habe nicht erst im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen begonnen. Die Diskussion werde seit 7 Jahren geführt und dies sei für ein mittelständisches Unternehmen unzumutbar. Er sehe nicht, dass andere Standorte ins Feld geführt wurden. Er sei der Auffassung, dass die vorgelegte Lösung die Richtige ist; eine Modifizierung könne natürlich weiter vorgenommen werden. Es müsse ein Beschluss gefasst werden, ein Ende der Diskussion über die Standorte, auch um einen Unternehmen Sicherheit zu geben.

Frau Hüneke plädiert nochmals dafür, die Verwaltungsvorlage zu vertagen und Gespräche mit der Weissen Flotte und dem Büro Winkens zu führen.

Der Oberbürgermeister stellt den **Änderungsantrag der SPD unter Streichung des 3. Absatzes**: „Mit der Berichterstattung im März ist durch die Verwaltung ein überarbeiteten Beschlussentwurf Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ Änderung der Sanierungsziele im Bereich „Hafen/Neuer Lustgarten“ bezüglich 10/SVV/0605 vorzulegen.“ zur Abstimmung.

Dem Änderungsantrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen zugestimmt.

Der Oberbürgermeister stellt den **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** wird mit der vorgeschlagenen Ergänzung aus dem SB-Ausschuss sowie der Ergänzung von Frau Hüneke zur Abstimmung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Standort und Baukubatur des Hafengebäudes der Weißen Flotte gemeinsam mit dem Büro Dietz-Joppien als den Urhebern der modernen Lustgartenplanung geprüft wird. Außerdem soll die Option eines Erbbaurechtes für die Weiße Flotte am Lustgarten geprüft werden. Darüber hinaus sind die baurechtlichen Grundlagen für einen Neubau in diesem Bereich darzulegen.

*Die Ergebnisse sind dem **Gestaltungsrat**, dem Haupt- und dem SB-Ausschuss im Januar 2013 Bericht zu erstatten. März 2013 vorzulegen.*

Neu:

Weißer Flotte und das Büro Winkens sind einzubeziehen.

Dem geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

**zu 4.18 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte"
Änderung der Sanierungsziele im Bereich "Hafen/Neuer Lustgarten"
bezüglich 10/SVV/0605
Vorlage: 12/SVV/0853**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zur DS 12/SVV/0853 wird vonseiten der Verwaltung Austauschseiten ausgereicht.

Der Geschäftsordnungsantrag von Frau Hüneke, die Vorlage zurückzustellen wird mehrheitlich, mit 3 Ja-Stimmen, abgelehnt.

Der geänderten Vorlage der Verwaltung wird mehrheitlich, mit 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Die Sitzung des Hauptausschusses wird für 5 Minuten unterbrochen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Ergebnisse Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung

Herr Olm stellt anhand einer Präsentation das Zwischenergebnis der Evaluation der umweltorientierten Verkehrssteuerung in der LHP vor.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt.

Herr Klipp betont, dass man mit der umweltorientierten Verkehrssteuerung das Problem der Luftschadstoffe lösen wolle. Damit löse man jedoch nicht das Verkehrsproblem; dies wolle man mit dem StEK Verkehr lösen.

Frau Bankwitz fragt nach den absoluten Stickstoff- und Feinstaubwerten 2012 ohne Pfortnerampel.

Antwort: Man habe sich nur auf den Verkehrsanteil fokussiert.

Herr Heinzel merkt an, dass in dem Bericht nur die Stadt Potsdam betrachtet werde, und fragt nach den Umlandgemeinden.

Herr Klipp äußert dazu, dass das Bild zeige, dass die Autos in der gleichen Anzahl in die Stadt fahren und wieder hinaus. Insoweit verlagern sich die Luftschadstoffe. Jedoch wolle man auf die Umlandgemeinden zugehen, um für Alternativen zu werben.

Herr Schubert möchte über die Ergebnisse der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung in Ruhe in der Fraktion diskutieren und bittet darum, dass jeder Fraktion der Bericht für das Jahr 2012 zur Verfügung gestellt wird. Das Vorgetragene zeige, dass es keine Entlastung durch den Einsatz von Pfortnerampeln gibt. Herr Schubert bittet des Weiteren um eine regelmäßige Berichterstattung zur Einbeziehung der Umlandgemeinden.

Herr Schultheiß fragt nach, ob die Grenzwerte im Bereich der Messstelle Geschwister-Scholl-Straße auf die Grüne Welle zurückzuführen seien.

Herr Becker führt dazu an, dass das eine das andere nicht ausschlieÙe. Man wolle die innerstädtische Grüne Welle nachjustieren, damit der Verkehr besser fließt. Geprüft werden zwei neue Pfortnerampeln auf den nördlichen EinfallstraÙen Nedlitzer und Potsdamer StraÙe wie auch die Ausweisung weiterer Tempo-30-Zonen. Am Beispiel der BehlertstraÙe macht Herr Becker deutlich, dass Grüne Welle Wirkung zeige, in dem die Anzahl der Autos gesunken sei.

Die Zwischenergebnisse der umweltorientierten Verkehrssteuerung werden zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Umwandlung Potsdam Museum in eine gGmbH

Vorlage: 12/SVV/0854

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob an eine Personalaufstockung gedacht werde.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass man nicht davon ausgehe, dass die Aufgaben innerhalb des Museums vollzogen, sondern man die Aufgaben im Wege eines Dienstleistungsvertrages weiter wahrnehmen lassen könne.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Bürokratieaufwand bei der Verwendung des Sachaufwandes der Ortsteile

Vorlage: 12/SVV/0872

Oberbürgermeister

Frau Dr. S. Müller fragt nach, wann die Änderungen in Kraft treten werden.

Herr Kümmel führt dazu u.a. aus, dass, wenn der Verfahrensweise zugestimmt werde, die Richtlinie erarbeitet werde (bis nach der Sommerpause).

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, mit der Erarbeitung der Richtlinie umgehend zu beginnen, damit sie schnellstmöglich in Kraft treten kann.

Frau Dr. S. Müller unterstreicht die Notwendigkeit.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Bilanz zum Brandenburgischen Vergabegesetz

Vorlage: 12/SVV/0875

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob definitiv gesichert ist, dass alle Aufträge unter dem Grundsatz des Mindestlohnes vergeben werden.

Dies wird von Herrn Weise bejaht. Die Anwendung findet statt; bei der Kostenerstattung werde man sehen. Der aktuell diskutierte Entwurf zur Verordnung sehe abweichend von der Begründung des BbgVergG die Bildung

von ca. 45 Pauschalen für jeden Vergabevorgang vor. Der damit verbundene Aufwand ist nicht vollständig überschaubar und bezifferbar. Momentan werde davon ausgegangen, dass eine spezielle Software, Datenbank etc. erforderlich sein werde. Für das aktuelle Jahr könne schon jetzt ein erheblicher Mehraufwand verzeichnet werden, denn es sei jeder der etwa 2.000 Vorgänge auf die Inanspruchnahme der 45 in Betracht kommenden Pauschalen zu prüfen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.5 Richtlinie Städtepartnerschaften - Städtepartnerschaftsbericht 2012
Vorlage: 12/SVV/0901**

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Zurückgestellt

**zu 5.6 Information über die erreichten Zinssätze bei der Umschuldung von
Kommunalkrediten im 2. Halbjahr 2012**

Vorlage: 12/SVV/0902

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
Herr Exner gibt eine kurze Erläuterung zur Vorlage.

Die Mitteilungsvorlage wird Kenntnis genommen.

**zu 5.7 Änderung zum Rahmenvertrag zur Unterbringung obdachloser Personen
Vorlage: 13/SVV/0038**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Elona Müller Preinesberger gibt eine kurze Erläuterung zur Vorlage. Dabei entschuldigt sie sich dafür, dass es verabsäumt wurde, den Hauptausschuss über die (1.) Änderung zum Rahmenvertrag, die mit Datum vom 22.09.2008 erfolgte, zu informieren.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.8 Information zum Archiv

Wie Frau Krusemark u.a. ausführt, sei der Abstimmungsprozess durch die Weihnachtsfeiertage unterbrochen worden. Am 29. Januar 2013 werde man diesen wieder aufnehmen. Das Ziel sei der Erhalt des Archivs.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie die Chance beurteilt werde, dass dem Archiv bis April 2013 die Betriebsgenehmigung ausgesprochen werden kann.

Frau Krusemark äußert dazu, dass zunächst der Archiv e.V. gefragt sei. Herr Beck sei dabei, die ersten Maßnahmen zu formulieren, die zu realisieren sind, um zu einer Betriebsgenehmigung zu kommen.

zu 5.9 Information zur Potsdamer Tafel

Frau Elona Müller-Preinesberger informiert, dass am 16. Januar 2013 eine Abstimmungsrunde stattgefunden habe, in der man sich grundsätzlich über die geplanten Bau- und Gestaltungsmaßnahmen geeinigt habe.

Weitere Verfahrensschritte:

- Die Fa. GNEISE erstellt den Bauantrag und übermittelt ihn an die EWP.
- Die EWP reicht den Bauantrag an die Genehmigungsbehörde ein. Kopie an KIS und dem Fachbereich 38 (zumindest von einigen wesentlichen Unterlagen).
- Je nach Baufortschritt der einzelnen Gewerke und der Witterung wird seitens der Fa. GNEISE eingeschätzt, dass die Fertigstellung voraussichtlich in März erfolgen wird.
- Ein Informationsaustausch über den Baufortgang bzw. über auftretende Probleme wird sichergestellt.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob man mit Fertigstellung auch der Bezug erfolgen kann.

Frau Elona Müller-Preinesberger äußert dazu, dass mit Fertigstellung die Vertragsunterzeichnung erfolgen solle und dann der Betrieb aufgenommen werden kann.

zu 6 Sonstiges

Frage von Dr. Scharfenberg betr. Überleitung der Mitarbeiter des Klinikum EvB in die Kinderklinik Brandenburg

Frau Elona Müller-Preinesberger informiert, dass am 20.12.2012 der erste Sondierungstermin stattgefunden habe.

Am 10.01.2013 wurden vereinbarungsgemäß vom Klinikum die Eckpunkte zum Überleitungstarifvertrag an ver.di gesandt. Die Verhandlungen werden am 22.01.2013 mit ver.di fortgesetzt. Parallel erfolgen die Verhandlungen mit dem Marburger Bund. Zusätzlich finden die Gespräche mit dem Betriebsrat statt. Darüber hinaus erfolgt die Information an alle Mitarbeiter des Klinikums und speziell an die Mitarbeiter/innen der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wann mit einer endgültigen Unterzeichnung des Überleitungstarifvertrages zu rechnen sei.

Antwort: So schnell wie möglich.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, im Bericht des Oberbürgermeisters in der Sitzung der StVV am 30. Januar 2013 eine Information zu geben.